

Interpellation Fraktion GB/JA! (Karin Gasser, GB/Simon Röthlisberger, JA!/Carolina Aragón, PdA): Wie steht es mit der Obdachlosigkeit in der Stadt Bern?

Im November 2001 verabschiedete der Gemeinderat das Konzept Obdach 2001. Ausgangslage dazu war die im Juni 1999 verfasste Evaluationsstudie der Direktion für Soziale Sicherheit DSO. Das Konzept erfasste den Ist-Zustand, stellte die Grundlage für die zukünftige Arbeit der Anbieterinnen und Anbieter im Bereich Obdachlosigkeit dar und legte konkrete Massnahmen fest. So wurden beispielsweise

- präventive bedarfsgerechte Massnahmen
 - der Erhalt von günstigem Wohnraum im Kerngebiet
 - kontrollierte Abgabe von günstigem Wohnraum an Bedürftige und Risikogruppen (vgl. das am 02.02.2005 überwiesene Postulat Catherine Weber (GB): Es braucht ein Notwohnungskonzept für die Stadt Bern)
 - geeignete Angebote bei bestehender Obdachlosigkeit
- im Konzept erwähnt.

Nachdem das Konzept seit über drei Jahren besteht, bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde das Konzept Obdachlosigkeit 2001 bereits evaluiert oder ist eine Evaluation vorgesehen? Wenn Ja – was sind die Ergebnisse und werden sie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht?
2. Die Interpellantinnen und Interpellanten stellen fest, dass die subventionierten und nicht subventionierten Angebote des begleiteten Wohnens und der niederschweligen Angebote zu wenig koordiniert werden – es finden keine regelmässigen, formellen gemeinsame Treffen zwischen allen Beteiligten (private Träger und Stadtverwaltung) statt. Die bestehende Wohnkonferenz WOK arbeitet aus finanziellen Gründen ausschliesslich im Bereich nicht legale Drogen, ist aber offen für die Erweiterung auf den legalen Bereich. Ist der Gemeinderat bereit, die Koordination für regelmässige Treffen mit allen Beteiligten in der Obdachlosenhilfe zu initiieren, um eine laufende Analyse und ganzheitliche Bedarfsplanung gewährleisten zu können?
3. Nach Einschätzung der gassennahen Institutionen besteht in der Stadt ein Bedarf an mehr sehr niederschweligen Notschlafbetten, insbesondere für Jugendliche und sich prostituierende Frauen. Teilt der Gemeinderat diese Einschätzung der gassennahen Institutionen und anderen Organisationen? Wenn Ja – ist er bereit, in Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden zusätzliche Massnahmen zu entwickeln?

Bern, 16. Juni 2005

Interpellation Fraktion GB/JA! (Karin Gasser, GB/Simon Röthlisberger, JA!/Carolina Aragón, PdA), Franziska Schnyder, Anne Wegmüller, Myriam Duc, Hasim Sancar, Catherine Weber, Urs Frieden, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Gabriela Bader

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Das Konzept Obdach 2001 trat ab 1.1.2002 in Kraft und stellt seither die Grundlage dar für die Obdachlosenarbeit in der Stadt Bern. Die Evaluation ist für die 2. Hälfte 2006 bis anfangs 2007 vorgesehen. Wie das Konzept wird auch diese Evaluation ausschliesslich die Angebote der Stadt Bern betreffen und regionale Angebote nicht erfassen.

Zu Frage 2:

Eine Koordination der Angebote und ein praktischer Erfahrungsaustausch findet an regelmässigen Treffen (Runder Tisch) mit denjenigen Trägerschaften statt, mit denen die Stadt auf der Basis von Leistungsverträgen zusammenarbeitet. Dabei werden gemeinsame Arbeitsinstrumente (z.B. betreffend Datenschutz, Datenerfassung für die Statistik und Controlling) sowie Entscheidungsgrundlagen für die Trägerschaften mit dem Ziel einer einheitlichen Praxis erarbeitet. Auch wird konkret über die Aufnahme von Personen in schwierigen Situationen entschieden. Gemäss Leistungsvertrag sind die Institutionen zur Koordination mit ähnlichen Anbietenden und Fachstellen angehalten. Dies erfüllen sie vorwiegend mit ihrer Tätigkeit in der Wohnkonferenz Region Bern.

Die Wohnkonferenz Region Bern (WOK), die Nachfolgeorganisation der Obdachlosenkonferenz, stellt ein *regionales* Koordinationsgremium dar, in dem die Leitungen sämtlicher Obdachloseneinrichtungen sowie von Institutionen aus dem legalen und illegalen Suchtbereich der Stadt und Region Bern mit Ausnahme des Sleepers vertreten sind. Das Sozialamt ist in der WOK durch den Sozialdienst vertreten. Aus der vielfältigen Tätigkeit der WOK entstanden Projekte, von denen Stadt und Region profitieren können (z.B. Wohnführer, EDV-gestütztes Platzbewirtschaftungssystem zur Abfrage freier Plätze). Der Gemeinderat begrüsst das Bestehen und die Arbeit der Plattform, auf der sich sämtliche Einrichtungen im Obdachlosenbereich aus Stadt und Region zum Austausch und zur Lösung gemeinsamer Aufgaben treffen. Der Gemeinderat unterstützt die Organisation eines jährlichen Treffens sämtlicher Anbieter aus Stadt und Region zum Gedankenaustausch. Er weist aber klar darauf hin, dass er wegen der unterschiedlichen Finanzierung der Massnahmen und teilweisen Betroffenheit der Regionsgemeinden keinen Einfluss auf die Angebotsplanung nehmen kann.

Zu Frage 3: (Niederschwelliger Bedarf)

Die Einschätzung der gassennahen Institutionen, dass in der Stadt Bern ein Bedarf an sehr niederschwelligen Notschlafbetten insbesondere für jugendliche Personen besteht, wird aus Sicht des Gemeinderats nicht geteilt. Diese Auffassung wird wie folgt begründet:

- Grundsätzlich stehen sämtliche Obdachlosenangebote der Stadt auch Jugendlichen offen, sofern sie Wohnsitz in der Stadt Bern haben; der Zugang ist niederschwellig, das heisst ohne grossen administrativen Aufwand möglich.
- Für die Zielgruppe der Jugendlichen bestehen aber verschiedene spezifische Einrichtungen, die den Bedürfnissen dieser Altersgruppe besonders Rechnung tragen und die notwendige Betreuung gewährleisten (Notaufnahmegruppe für Jugendliche, verschiedene Wohngemeinschaften und Heime).
- Der Gemeinderat setzt den Schwerpunkt der Massnahmen im Jugendbereich einerseits auf die Prävention (Jugendamt) und andererseits auf Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration (Sozialamt).
- Der Gemeinderat ist bereit zur Zusammenarbeit mit den Regionsgemeinden. Er lehnt aber eine Übernahme von Unterbringungsaufgaben für obdachlose Personen aus der Region ab.

- Die Bedarfssituation für niederschwellige Notbetten im Bereich jugendlicher drogenkonsumierender und/oder sich prostituierender Personen ist nicht genügend geklärt. Annahmen gehen von einer Anzahl von vier bis sieben Frauen aus, die sich in unstablen Situationen befinden. Ein allfälliges neues Angebot kann aber nur aufgrund einer sorgfältigen Bedarfsanalyse geprüft werden. Das Projekt Prävention – Intervention – Toleranz (Pinto) soll hier wichtige Erkenntnisse und Grundlagen liefern. Die Notschlafstelle für Drogenkonsumierende wird im nächsten Winterhalbjahr 05/06 weitergeführt.
- Der Gemeinderat ist gegen eine Erweiterung des niederschweligen Unterkunftsangebots, tritt aber für eine Ausweitung des begleiteten Wohnens ein. Dieser Bedarf ist ausgewiesen. In den stets stark ausgelasteten Institutionen des Betreuten Wohnens (z.B. Aktion Bettwärme) finden sich Menschen, die ihre Wohnfähigkeit wieder erlangt haben und in einer eigenen oder vereinseigenen Wohnung mit einer Begleitung selbständig wohnen könnten – es fehlen dazu aber die günstigen Wohnungen.

Bern, 31. August 2005

Der Gemeinderat